

**NDR Info Das Forum**

**04.05.2019 /19.20-19.50 Uhr**

**STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN**

**05.05.2019 /12.30-13.00 Uhr**

Andreas Flocken

E-Mail: [streitkraefte@ndr.de](mailto:streitkraefte@ndr.de)

[www.ndr.de/streitkraefte](http://www.ndr.de/streitkraefte)

**Inhalt:**

- Gescheitertes Libyen-Krisenmanagement – Offener Bürgerkrieg mit weitreichenden Folgen? Interview mit Inga Trauthig, King's College London
- Europawahl – Die Positionen der Bundestagsparteien zur europäischen Verteidigungspolitik
- Trauer um Karl-Heinz Harenberg – Der frühere Redakteur von Streitkräfte und Strategien wurde 82 Jahre alt

Zur Verfügung gestellt vom NDR

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe der Sendereihe, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Heute geht es um diese Themen:

- Gescheitertes Libyen-Krisenmanagement – Offener Bürgerkrieg mit weitreichenden Folgen? Hierzu ein Interview.
- Wahl zum Europa-Parlament – Die Positionen der Bundestagsparteien zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.
- Und ein Nachruf auf Karl-Heinz Harenberg - der langjährige Redakteur von Streitkräfte und Strategien ist tot. Er wurde 82 Jahre alt.

Vor acht Jahren wurde der libysche Diktator Muammar al Gaddafi gestürzt. Möglich wurde das Ende seiner Herrschaft erst durch die umstrittene NATO-Intervention. Doch seitdem herrscht in dem nordafrikanischen Land Chaos. In den verschiedensten Regionen haben Milizen das Sagen. Dabei gibt es seit einigen Jahren in der Hauptstadt Tripolis die international anerkannte Regie-

rung von Ministerpräsident Sarradsch. Doch die Regierung hat außerhalb der Stadtgrenzen praktisch nichts zu sagen, sie ist machtlos.

Als starker Mann gilt Chalid Haftar, ein ehemaliger General von Gaddafi. Haftar kontrolliert den Osten des Landes. Und der ehrgeizige und machtbewusste General will offenbar mehr. Im vergangenen Monat rückte er mit verbündeten Milizen auf die libysche Hauptstadt vor, um die Regierung Sarradsch zu stürzen.

Inga Trauthig beschäftigt sich am King's College in London schon lange mit dem Libyen-Konflikt. Mit ihr habe ich über die verworrene Lage in dem nordafrikanischen Land gesprochen. Zunächst habe ich Inga Trauthig gefragt, ob der Konflikt durch den Vormarsch von Haftar in eine ganz neue Phase getreten ist?

#### Interview Andreas Flocken / Inga Trauthig

Trauthig: Die Offensive von Haftar, die er jetzt auf Tripolis gestartet hat, ist nicht der Eintritt in eine ganz neue Phase. Der Vormarsch ist aber ein eindeutiges Signal von diesem General bzw. selbst ernannten Feldmarschall, dass er die Ambition hat, über ganz Libyen im Sinne einer Militärherrschaft zu regieren. Der Vormarsch ist somit definitiv ein entscheidender Moment, den er damit angestoßen hat.

Flocken: Warum rückt denn Haftar gerade *jetzt* mit seinen Truppen auf die Hauptstadt Tripolis vor? Denn im vergangenen Monat war ja parallel eine Friedenskonferenz unter Federführung der Vereinten Nationen angesetzt.

Trauthig: In den ersten Monaten dieses Jahres hat sich Haftar zusätzlich zum östlichen Teil Libyens, auch im südlichen Teil Libyens etabliert. Er konnte die Stämme im südlichen Teil Libyens für sich gewinnen. Und somit war der westliche Teil Libyens mit der Hauptstadt Tripolis, der einzige Teil, der ihm noch fehlte. Der Zeitpunkt ließ einem tatsächlich die Augen reiben, denn die Offensive erfolgte zehn Tage vor dieser angedachten internationalen Friedenskonferenz. Verschiedene Faktoren haben sich im Nachhinein jetzt akkumuliert, die dafür sprechen, dass Haftar sich stark genug gefühlt hat, jetzt eine Offensive zu star-

ten. Er war kurz zuvor in Saudi-Arabien, wo er von dem Kronprinzen anscheinend Unterstützung für seine Offensive bekommen hat. Also Haftar hat das vermutlich als einen Alles-oder-nichts-Moment gesehen, als eine Gelegenheit, vor dieser Friedenskonferenz Fakten zu schaffen, da er nicht bereit ist, Kompromisse einzugehen.

Flocken: Die Anfang April begonnene Offensive auf die libyische Hauptstadt kommt nicht so richtig voran. Woran liegt das? Hat sich Haftar möglicherweise verkalkuliert?

Trauthig: Haftar hatte vermutlich gehofft, dass er mit relativ wenigen Kräften, also mit einem kleinen aber starken Kontingent seiner sogenannten Libyschen Nationalarmee nach Tripolis eindringen kann und dass sich dann relativ schnell Kräfte in Tripolis auf seine Seite schlagen würden, wenn sie sehen, dass er nun auch im Westen des Landes erfolgreich ist. Das Gegenteil ist aber geschehen. In Tripolis haben sich keine der wichtigen Milizen auf Haftars Seite geschlagen. Das Gegenteil passierte. Die Milizen im Westen des Landes, die sich teilweise nicht freundlich gegenüber stehen, haben sich dann aber gegen Haftar verbündet. Es wurden noch zusätzliche Milizen mobilisiert, die jetzt eine Gegenoffensive gestartet haben.

Flocken: Obwohl Haftar ja gegen die international anerkannte Regierung von Ministerpräsident Sarradsch auf die libysche Hauptstadt vorgerückt ist, wird Haftar von Ägypten und auch von den Vereinigten Arabischen Emiraten und anderen Staaten unterstützt. Warum eigentlich? Welche Interessen haben diese konservativen Staaten in Libyen? Warum unterstützen sie Haftar?

Trauthig: Haftar ist erfolgreich darin, sich als ein Kämpfer gegen die Islamisten zu profilieren, als ein Kämpfer gegen islamistische Terroristen. Das ist ein Narrativ, das die Vereinigten Arabischen Emirate ganz stark unterstützen. Sie möchten Gruppen, die der Muslim-Bruderschaft nahestehen oder die Muslim-Bruderschaft selbst in Libyen so klein wie möglich halten. Das ist bei Ägypten ähnlich. Für den Militärmachthaber in Ägypten, al-Sisi, ist Haftar als General und militärischer Oberbefehlshaber in Libyen ein natürlicher Partner. Ägypten

möchte ebenfalls die Muslim-Bruderschaft so weit wie möglich schwächen. Diese Kräfte sehen in Haftar einen Garanten, beispielsweise die Grenze zu Ägypten zu sichern. Und für die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten hat Haftar auch glaubhaft gemacht, dass er kein Interesse daran hat, mit islamistischen Gruppen zu kooperieren.

Flocken: In der libyschen Hauptstadt Tripolis sitzt die offiziell von der UN anerkannte Regierung von Ministerpräsident Sarradsch. Aber in der Praxis ist das eine Regierung ohne Macht. Sie wurde 2015 unter Vermittlung der Vereinten Nationen als Regierung der Nationalen Einheit gebildet. Warum ist es Sarradsch in den Jahren bisher nicht gelungen, sich zu etablieren und sich durchzusetzen?

Trauthig: Diese Regierung der Nationalen Einheit mit ihren kooperierenden Organen in Tripolis war das Ergebnis des letzten nationalen Friedensabkommens. Allerdings war von Anfang an offen, inwiefern die Akteure in Libyen, die selbst Machtinteressen haben, diese Regierung unterstützen würden. Schon kurz nach der Bildung der Regierung haben sich wichtige Akteure von dem Abkommen distanziert. Sie haben sich nicht an die getroffenen Vereinbarungen gehalten. Sarradsch war von Anfang an in einer schwachen Position. Er brauchte die internationale Unterstützung, um überhaupt in die Hauptstadt Tripolis zu kommen, um sich dort zu etablieren. Er hatte keinen sicherheitspolitischen Apparat, auf den er sich hätte stützen können. D.h. dieses Konstrukt „Regierung der Nationalen Einheit“ war somit relativ schnell sicherheitspolitisch auf Milizen angewiesen, die in Tripolis agieren. Die Regierung konnte sich – abgesehen von dem Großraum Tripolis – nicht in weiteren Teilen Libyens etablieren, da Haftar sich nie diesem Abkommen verpflichtet gefühlt hat. Er hat vielmehr zusammen mit anderen Kräften im östlichen Libyen eigene Strukturen aufgebaut – wie dem Parlament in Tobruk.

Flocken: Die Vereinten Nationen haben sich ja in Libyen sehr stark engagiert. Sie haben versucht, das Land zu stabilisieren - aber bisher ohne großen Erfolg. Ist die UN damit in Libyen letztlich gescheitert?

Trauthig: Ich denke, es ist eindeutig, dass die UN in Libyen stark zu kämpfen hat, beziehungsweise immer wieder Rückschläge erleidet. Ich würde allerdings gerne ein bisschen differenzieren, weil die UN ja nicht ein homogenes Organ ist. Wenn man sich den UN-Sicherheitsrat ansieht, dann würde ich sagen, der ist in den letzten Wochen gescheitert. Das Gremium hat keine Resolution zustande gebracht, die dazu aufgerufen hat, dass Haftar seine Offensive beenden muss. Russland hat gegen Resolutionen, die in diese Richtung gingen, sein Veto eingelegt. Auf der anderen Seite gibt es aber Akteure wie den UN-Sonderbeauftragten Salamé, der sich seit einigen Jahren wirklich unermüdlich dafür einsetzt, dass es in Libyen zu einem Versöhnungsprozess kommt. Er war es auch, der diese große Konferenz, die für Mitte April angesetzt war, geplant hat. Ich würde nicht sagen, dass die UN in Libyen gescheitert ist. Denn das wäre fatal. Das würde nämlich auch heißen, dass sich die Vereinten Nationen nicht weiter einbringen sollten. Allerdings ist die UN nur so stark, wie ihre Mitgliedstaaten das zulassen. Und das zeigt sich auch in Libyen.

Flocken: US-Präsident Trump unterstützt inzwischen offenbar ebenfalls General Haftar. Jedenfalls hat Trump mit General Haftar telefoniert und er hat Haftar gelobt, für seine Rolle im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Und zwar nachdem Haftar seine Offensive auf die libysche Hauptstadt gestartet hatte. Warum dieser Kurswechsel der USA?

Trauthig: Sie haben das ganz richtig betont – es war ein Anruf von Trump. Ich würde nämlich nicht von einem Kurswechsel der USA sprechen. Die USA haben vielmehr keinen einheitlichen Ansatz gegenüber Libyen. Mike Pompeo, der Außenminister, hat ganz deutlich die Offensive Haftars verurteilt. Es gibt auch Berichte, dass der Geschäftsträger in Libyen, Peter Bodde, zu Haftar gesagt hat, Tripolis sei eine rote Linie. Das war also eigentlich der Ansatz der USA. Und es gibt auch weiterhin Akteure, die diesen Ansatz verfolgen. Allerdings ist Trumps Telefonat mit Haftar ein eindeutiges Signal - wie Sie gesagt haben. Trump hat Haftar unterstützt. Er hat ihm eine wichtige Rolle im Kampf gegen Terroristen zugewiesen, aber auch bei der Ölsicherung. Solche Aktionen, wie Trumps Anruf, sind für die Lage in Libyen fatal. Sie signalisieren Haftar, dass er genügend internationale Unterstützung hat. Denn diese Aktionen zeigen, dass

selbst Staaten wie die USA, wie der amerikanische Präsident, Haftar zumindest verbal in seinem aktuellen Kampf und bei der Offensive auf Tripolis unterstützen. Diesen Vormarsch versucht Haftar dabei auch selbst immer als Kampf gegen islamistische Terroristen zu verkaufen.

Flocken: Schon seit längerem hat Haftar auch die Rückendeckung von Russland. Haftar war mehrmals in Moskau. Welche Rolle spielt Russland in diesem Konflikt in Libyen?

Trauthig: Wir konnten die letzten Jahre beobachten, dass Haftar in der Tat mehrmals in Russland war. Haftar war auch nicht allein in Russland. Er wurde von anderen Akteuren seiner Libyschen Nationalarmee begleitet. Zusätzlich wird die Währung, die im östlichen Teil Libyens zirkuliert, also in dem Teil, wo Haftar etabliert ist, von einer russischen Firma gedruckt. Es gibt Gerüchte, dass militärische Berater der Wagner-Gruppe in Libyen operieren. Die Wagner-Gruppe ist eine private russische Militärfirma, die in vielen internationalen Konflikten aufgetaucht ist: in Syrien, in der Ukraine. Sie hat aber wohl starke Verbindungen direkt zum Kreml. Das sehen wir auch in Libyen. Allerdings muss man gleichzeitig sagen, dass Russland sich seit dieser Offensive von Haftar in seinen offiziellen Statements nicht auf eine Seite geschlagen hat. Es hat vielmehr versucht, mehr oder weniger neutral zu sein. Und da sehe ich das strategische Interesse Russlands. Es versucht - genauso wie in anderen Konflikten, beispielsweise in Syrien - sich als Alternative darzustellen. Als alternativer Vermittler, als Alternative zum Westen. Darin liegt das große Potenzial Russlands.

Flocken: Aber hat Russland nicht auch ein wirtschaftliches Interesse, beispielsweise an den Ölfeldern Libyens?

Trauthig: Wirtschaftliche Interessen spielen natürlich bei allen Akteuren, die in Libyen involviert sind, eine Rolle. Libyen hat die größten bekannten Ölressourcen auf dem afrikanischen Kontinent. Da gibt es viel Potenzial. Libyen ist leider durch die Auseinandersetzung, durch die Konflikte der letzten Jahre, aber auch größtenteils in vielen Städten, wirklich stark zerstört worden. Es heißt, da gibt

es mittelfristig bis langfristig enormes Potenzial für den Wiederaufbau. Russland hat daran sicher ebenfalls Interesse.

Flocken: Die EU ist ja ebenfalls ein Akteur in der Region. Die EU setzt auf die international anerkannte Regierung Sarradsch in der libyschen Hauptstadt. Insbesondere auch, weil die EU versucht, die Schleusung von afrikanischen Flüchtlingen nach Europa zu verhindern. Man hat Vereinbarungen mit der offiziell anerkannten libyschen Regierung getroffen. Die libysche Marine bzw. die Küstenwache wird beispielsweise unterstützt. Aber die Regierung von Ministerpräsident Sarradsch kontrolliert ja nur einen kleinen Teil des Landes, sie hat nur einen begrenzten Einfluss. Ist vor diesem Hintergrund die EU mit ihrer Libyen-Politik nicht gescheitert?

Trauthig: Die Libyen-Politik der EU ist relativ umstritten. Der westliche Teil Libyens, also der, der nominell unter dem Einfluss der Regierung der nationalen Einheit steht, ist der für die EU wichtige Teil. Denn dort operieren die meisten Schlepperbanden, von dort kommen die meisten Boote, die Richtung Italien aufbrechen. Deswegen ist diese Region so wichtig für Übereinkünfte mit Blick auf die Migration nach Europa. Deshalb hat Italien so großes Interesse, mit der Regierung der Nationalen Einheit zusammenzuarbeiten und diese zu stärken.

Flocken: Frankreich steht ja offiziell zu der international anerkannten Einheitsregierung von Ministerpräsident Sarradsch. Gleichzeitig ist aber immer wieder zu hören, Frankreich unterstütze General Haftar, der ja die libysche Hauptstadt erobern will. Betreiben die Franzosen vor diesem Hintergrund nicht ein doppeltes Spiel im Libyen-Konflikt?

Trauthig: Ja. Wenn man sich die letzten Jahre anguckt, war Frankreich auch die treibende Kraft, die Haftar international Legitimität verschafft hat. Der General hat ja kein gewähltes Amt in Libyen. Er hat sich im östlichen Teil mit seinen Militärstrukturen etabliert. Von dem Parlament im östlichen Teil Libyens wurde er als Oberbefehlshaber der sogenannten Armee dort ernannt. Ansonsten hat er keinerlei Legitimität, um als internationaler Akteur agieren zu können. Frankreich hat jedoch begonnen, ihn zu internationalen Konferenzen und zu diploma-

tischen Veranstaltungen einzuladen. Frankreich hat wohl die Hoffnung, Haftar könne Stabilität nach Libyen bringen. In dem Sinne, dass er für Frankreich hilfreich sein kann, auch Sicherheitsinteressen in der Sahelzone zu vertreten. Frankreich hat tausende von Soldaten in dieser Region stationiert. Und für diese Truppen sei wichtig, einen Partner zu haben, der mit ihnen gegen Akteure kämpft, die für gefährlich gehalten werden. Also zum Beispiel Dschihadisten in Nordafrika.

Flocken: Aber unterstützt Frankreich Haftar nicht auch wegen der Ölressourcen im Osten des Landes? Denn französische Firmen haben sich ja dort besonders engagiert.

Trauthig: Frankreich hat mit seinem Konzern Total definitiv auch Öl-Interessen in Libyen. Das ist mit Italien und dem Konzern Eni nicht anders. Allerdings ist meine Einschätzung, dass die sicherheitspolitischen Interessen wirklich nochmal Vorrang haben. Die ökonomischen Interessen stehen bei fast allen Akteuren eher an zweiter Stelle.

Flocken: Die Rivalität zwischen Frankreich und Italien mit Blick auf Libyen macht es ja sehr schwierig für die EU, hier eine einheitliche Position zu bekommen. Macht das die Regelung des Libyen-Konflikts nicht noch schwieriger?

Trauthig: Ja, das ist leider wirklich der Fall. Das erste Statement nach der Offensive Haftars, das von Mogherini kam, also der EU-Beauftragten für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, hat Haftar noch nicht einmal namentlich als Aggressor und Urheber der Offensive genannt. Denn es gab da Druck von Frankreich, dies nicht zu tun. Das heißt, die EU ist aufgrund dieser Rivalität zwischen Frankreich und Italien wirklich geschwächt.

Flocken: Libyen ist ein Transitland für tausende von afrikanischen Flüchtlingen. Im Land herrscht Chaos und ein Bürgerkrieg. Welche Folgen hat diese Eskalation für Europa mit Blick auf die Flüchtlinge in Libyen?



Trauthig: Libyen ist ein großes Transitland, das wird sich auch nicht so schnell ändern, allein auch wegen der geographischen Lage. Für die Europäer sollte am allerwichtigsten sein, Libyen zu helfen, dass es sich eben selbst stabilisieren kann. Damit das Land in eine politische Zukunft starten kann. Und am allerwichtigsten ist dafür, dass diese Offensive von Haftar beendet wird, dass die Kämpfe und die Gewalt aufhören. Was die Lage mit den Migranten angeht, wird sich an der Situation so bald nichts ändern. Denn aktuell wird der westliche Teil Libyens ja weiterhin von den gleichen Akteuren kontrolliert, wie in den letzten Jahren. Die Europäische Staatengemeinschaft sollte sich vielmehr langfristig mit diesem Bereich der Welt beschäftigen, um in die Staaten selbst investieren zu können, um die Migration einzudämmen.

\* \* \*

### Flocken

Soweit Inga Trauthig vom King's College in London über den Libyen-Konflikt. Eine Langfassung des Interviews zum Nachhören finden Sie auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter [ndr.de/streitkraefte](http://ndr.de/streitkraefte).

In drei Wochen wird das Europa-Parlament gewählt. Im Wahlkampf stehen neben Umweltfragen vor allem soziale und wirtschaftliche Aspekte im Mittelpunkt. Nach dem Willen der EU soll künftig aber auch die Verteidigungspolitik und Rüstungskooperation in Europa eine wesentlich größere Rolle spielen. Die EU will international geschlossen auftreten und auch militärisch wesentlich mehr als bisher in die Waagschale werfen. Welche Positionen vertreten die Bundestagsparteien bei diesem ehrgeizigen Vorhaben? Jerry Sommer hat sich vor diesem Hintergrund die Wahlprogramme der Parteien genauer angeschaut.

### Manuskript Jerry Sommer

In ihren Wahlprogrammen sprechen sich CDU/CSU, SPD und FDP für gemeinsame Streitkräfte der EU-Staaten aus – als mittel- bis langfristiges Ziel. Bei den konkreteren Schritten hin zu einer EU-Verteidigungsunion gehen die Meinungen dieser Parteien aber auseinander.

Beispiel Rüstungsausgaben: Unionsparteien, FDP und auch AfD stehen fest zum NATO-Ziel, die Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben. Die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer kritisiert, dass andere Parteien diese Zielplanung nicht einhalten wollen:

#### O-Ton Kramp-Karrenbauer

„Wenn die Spitzenkandidatin der SPD sonntags das Hohelied der gemeinsamen Verteidigung singt und montags erklärt, und das sogar bei Russia Today, man könne aber das Zwei-Prozent-Ziel der NATO der Bevölkerung nicht zumuten, dann ist das ein klassisches Beispiel, dass Handeln und Sagen nicht zusammenpasst.“

Die FDP-Spitzenkandidatin für die Wahl zum Europäischen Parlament, Nicola Beer, wirft sowohl CDU/CSU als auch der SPD vor, das zwei-Prozent-Ziel nicht ernst zu nehmen:

#### O-Ton Beer

„Man kann nicht zwei Prozent des Bruttosozialprodukts für Verteidigungsausgaben zusagen, und dann unbekümmert wie die Bundeskanzlerin und der Finanzminister jüngst in Washington tönen, wir erreichen 1,5 % oder weniger. Wer so agiert, braucht sich nicht zu wundern, wenn er vorgeführt wird.“

Das NATO-Ziel von zwei Prozent würde bedeuten, den deutschen Verteidigungshaushalt von gegenwärtig 43 Milliarden auf über 60 Milliarden Euro zu erhöhen. Die Grünen schreiben in ihrem Wahlprogramm dazu. Zitat:

#### Zitat

„Forderungen aus der NATO, die deutschen Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttosozialprodukts zu steigern, lehnen wir ab.“

Auch die Linke kritisiert einen solch massiven Anstieg. Die Partei weist darauf hin, dass die europäischen NATO-Staaten dem vermeintlichen Gegner Russland konventionell haushoch überlegen sind. Die russischen Militärausgaben betragen nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI im vergangenen Jahr knapp 55 Milliarden Euro – die EU-Staaten gaben mehr als dreimal so viel aus. Die Spitzenkandidatin der Linken für das Europaparlament, Özlem Demirel:

### O-Ton Demirel

„Wir wollen Abrüstung statt Aufrüstung, wir wollen soziale Gerechtigkeit, soziale Mindeststandards in Europa durchsetzen.“

Die SPD verhält sich ambivalent zu dem Zwei-Prozent-Ziel. Spitzenkandidatin Katharina Barley:

### O-Ton Barley

„Die Aufwüchse bis zu zwei Prozent sind gewaltig, das sind hohe zweistellige Milliardenbeträge. Das ist ehrlich gesagt in der momentanen Lage und gegenüber der Bevölkerung kaum zu vermitteln.“

Aber höheren Militärausgaben hat die SPD in den vergangenen Jahren immer zugestimmt. So gab es in der Großen Koalition keinen Streit über den EU-Beschluss zu PESCO - also über die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ bei verteidigungspolitischen Fragen. 25 EU-Staaten haben sich 2017 zu einer – so wörtlich - „regelmäßigen realen Aufstockung der Verteidigungshaushalte“ verpflichtet. Ebenfalls ist in der PESCO-Vereinbarung das Ziel enthalten, als Richtwert zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für den Verteidigungsbereich auszugeben.

Im Europa-Wahlkampf jedoch gehen die Meinungen zwischen den Regierungsparteien auseinander. Die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer hat sich zum Beispiel dafür ausgesprochen, einen gemeinsamen europäischen Flugzeugträger zu bauen – ohne jedoch zu erläutern, wofür der notwendig sein könnte. Die SPD-Vorsitzende Andrea Nahles bezeichnete ein solches Vorhaben als „rüstungspolitisches Abenteuer“.

Im EU-Parlament stimmten im März die Abgeordneten von SPD, Grünen und Linken gegen die Einrichtung eines Europäischen Verteidigungsfonds. Der Antrag erhielt trotzdem eine Mehrheit. Mit diesem Verteidigungsfonds sollen erstmalig aus dem EU-Haushalt in den nächsten Jahren über 13 Milliarden Euro für gemeinsame Rüstungsforschung und Rüstungsbeschaffungen ausgegeben werden.

Die CDU/CSU befürwortet den Europäischen Verteidigungsfonds als einen wichtigen Schritt zur rüstungspolitischen Integration. Die AfD lehnt ihn ab, for-

dert dafür aber mehr eigenständige deutsche Ausgaben bei der Rüstungsforschung und verlangt neue Beschaffungsprogramme.

Während die Linke den Verteidigungsfonds als Ausdruck einer Militarisierung der EU prinzipiell ablehnt, kritisieren Grüne und SPD, dass damit nicht wie behauptet Geld in den nationalen Haushalten eingespart werde würde. Die EU-Mittel seien reine Subventionen für die Rüstungsindustrie. Zudem wird befürchtet, dass die so geförderten Waffensysteme auch an autoritäre Regime geliefert werden könnten.

Unterschiedlich in den Wahlprogrammen sind auch die Aussagen zu den Themen europäische Rüstungskooperation und Rüstungsexporte. CDU/CSU treten für mehr gemeinsame Rüstungsprojekte sowie für eine – Zitat - „gemeinsame europäische Rüstungsexportrichtlinie“ ein. Wiederholt haben führende Unions-Politiker sich zum Beispiel gegen einen vollständigen deutschen Exportstopp für Rüstungsgüter nach Saudi-Arabien ausgesprochen. Der CDU-Außenpolitiker Jürgen Hardt formulierte das im ARD-Morgenmagazin so:

#### O-Ton Hardt

„Wenn wir in der Außen- und Sicherheitspolitik uns in Europa aus gutem Grund besser aufstellen wollen, weil wir eben nicht wissen, wie es mit Amerika weitergeht, dann müssen wir auch ein Stück weit in dieser Frage akzeptieren, was Franzosen und Briten und andere denken.“

Die Sozialdemokraten sehen Rüstungsexporte in Krisenregionen kritisch. Jedoch haben sie in den vergangenen Jahren trotz des Jemen-Krieges Waffen- und Komponentenlieferungen an Saudi-Arabien und seine Bündnispartner zugestimmt. Die SPD-Vorsitzende Andrea Nahles wehrt sich gegen den Vorwurf, ihre Partei sei anti-europäisch, weil sie Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien eigentlich prinzipiell ablehne.

#### O-Ton Nahles

„Für die SPD ist klar: wir wollen eine restriktive Rüstungspolitik und Rüstungsexportpolitik und wir wollen keine europäischen Waffen in Kriegsgebieten. Das ist unsere Haltung.“

Im Wahlprogramm der SPD wird eine europäische Regelung für Rüstungsexporte gefordert. Allerdings gibt es schon jetzt eine entsprechende, wenn auch in vielen Punkten schwammig formulierte EU-Rüstungsexportrichtlinie – den sogenannten Gemeinsamen Standpunkt vom Dezember 2008. Das Dokument legt unter anderem fest, dass der Export von Rüstungsgütern zu untersagen ist, wenn ein „eindeutiges Risiko“ besteht, dass diese zur Verletzung des humanitären Völkerrechts eingesetzt werden könnten. Im Krieg der saudi-arabischen Koalition im Jemen besteht dieses Risiko zweifellos seit langem. Trotzdem exportieren Briten und Franzosen weiter Rüstungsgüter an die Saudis - und Deutschland liefert für gemeinsam hergestellte Waffensysteme die hierfür benötigten Komponenten an Großbritannien und Frankreich.

Deshalb fordern die Grünen, Verstöße gegen die EU-Rüstungsexportgrundsätze zu ahnden. Generell - so die Grünen - dürften aus der EU keine Waffen in Kriegs- und Krisengebiete sowie an Diktaturen geliefert werden. Die Linke sieht das genauso und fordert zudem in ihrem Wahlprogramm:

#### Zitat

„EU-Mitgliedstaaten, die die EU-Vorschriften für Waffenexporte nicht einhalten, müssen mit Sanktionen bestraft werden.“

Die AfD lehnt ebenfalls Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien ab, fordert dafür aber höhere Ausgaben für die deutsche Rüstungsindustrie. Die FDP begrüßt zwar den verhängten Exportstopp für Rüstungsgüter aus komplett deutscher Produktion nach Saudi-Arabien. Die Liberalen treten jedoch für eine Lockerung bei europäischen Rüstungsprojekten ein. Der FDP-Politiker Michael Theurer:

#### O-Ton Theurer

„Die Bundesregierung sollte dafür sorgen, dass, wenn Genehmigungen schon erteilt worden sind, dass dann die Komponentenhersteller aus Deutschland auch liefern können.“

Und welche Aussagen gibt es in den Wahlprogrammen zu Atomwaffen? Die Unionsparteien schreiben in ihrem Wahlprogramm, dass sie bei der Abrüstung und Nichtverbreitung von Atomwaffen die Zusammenarbeit mit Russland anstreben. Begrüßt wird zudem die transatlantische Rückversicherung durch die NATO, die Atomwaffen für gegenwärtig unverzichtbar hält. Die SPD wendet

sich nach dem voraussichtlichen Ende des INF-Vertrages gegen die Stationierung neuer nuklearer landgestützter Mittelstreckenraketen in Europa. Die Grünen fordern, die EU müsse sich für ein atomwaffenfreies Europa einsetzen. Und die Linke bekräftigt in ihrem Wahlprogramm die Forderung nach Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland. Die Partei kündigt an, dass sie im Europäischen Parlament eine Initiative für eine atomwaffenfreie EU-Zone einbringen werde.

\* \* \*

### Flocken

Ein Bericht von Jerry Sommer.

30 Jahre war Karl-Heinz Harenberg der verantwortliche Redakteur dieser Sendereihe – bis zu seinem Ruhestand 2001. Im vergangenen Monat ist er gestorben. Karl-Heinz Harenberg hat mit seinem kritischen Ansatz „Streitkräfte und Strategien“ entscheidend geprägt. Er wollte sicherheitspolitische Debatten u.a. über Atomwaffen, Rüstungsprojekte und Militärkonzepte nicht einem kleinen Kreis von Experten überlassen. Er verschaffte auch anderen Meinungen und Gegenpositionen Gehör. Harenberg stellte kritische Fragen, nahm kein Blatt vor den Mund. Er thematisierte immer wieder Ungereimtheiten und Widersprüche, hinterfragte offizielle Positionen der Militär- und Sicherheitspolitik. Manchmal sehr zum Ärger von Vertretern der Bundesregierung oder der Bundeswehr.

Stichworte sind u.a. die Nachrüstungsdebatte in den 1980er Jahren, der Kosovokrieg ohne UN-Mandat, der sogenannten Hufeisenplan und die Abwicklung der Nationalen Volksarmee der DDR nach der deutschen Einheit.

Immer wieder Thema waren vor dem Fall der Mauer auch die regelmäßigen Großmanöver in Ost und West. So auch 1978 in einem Interview von Karl-Heinz Harenberg mit dem Verteidigungsstaatssekretär Andreas von Bülow:

### O-Ton Harenberg/von Bülow

„Die Rote Flotte plant den Angriff. Ostarmeen üben kühnen Stoß. Der Osten denkt offensiv. Das sind einige Schlagzeilen aus der Presse der Bundesrepublik Deutschland. Auch der Generalinspekteur hat jüngst von der Bedrohung der Bundesrepublik und des freien Europas gesprochen. Was man sich zwar

denken kann, aber bei uns nicht zur Kenntnis nimmt, ist, dass in den Warschauer Pakt-Staaten ebenfalls von einer Bedrohung durch die NATO gesprochen wird. So hat die DDR-Truppenzeitschrift ‚Volksarmee‘ in ihrer Nummer 31 vor NATO-Manövern mit dem Risiko gewarnt. Westeuropa, besonders die Bundesrepublik, sei im Herbst ein einziger großer Manöver-Schauplatz. Solche Manöver könnten für überraschende Schläge ausgenutzt werden. Die Vorwarnzeiten seien dann äußerst gering. Zwischen zwei Minuten für die Luftstreitkräfte bis zu maximal zwei Stunden für die Heerestruppen. Wie Herr von Bülow bewerten Sie die gegenseitigen Vorwürfe? Wird auf unserer Seite immer nur realistisch der Ernst der Lage beschrieben und drüben immer nur Propaganda gemacht?“

„Natürlich gibt es bei uns auch Propaganda-Elemente in der Bedrohungsanalyse. Aber insgesamt glauben wir sagen zu müssen, dass das Potenzial, was drüben aufgehäuft wird und stets aufs Neue weiter vermehrt wird, dass das mehr als zur Verteidigung notwendig ist. Und dieses Potenzial beunruhigt uns.“

Karl-Heinz Harenberg damals im Gespräch mit dem Verteidigungsstaatsekretär Andreas von Bülow.

In den 1970er Jahren berichtete Harenberg über einen chilenischen Offizier, der an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, in einem kleineren Kreis in einer Rede den damaligen Militärmachthaber Pinochet über den Klee gelobt hatte. Der von den Militärs gestürzten Regierung von Salvador Allende warf der chilenische Oberstleutnant vor, die Ermordung von Offizieren und Oppositionellen geplant zu haben. Die Tonaufnahmen waren Harenberg zugespielt worden. Der Bericht brachte ihm eine Anzeige ein. Das Verfahren wurde allerdings später eingestellt.

Am Rande von NATO-Tagungen kam es gelegentlich vor, dass der damalige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Wolfgang Altenburg, mit einem Sendemanuskript in der Hand, heftig mit Harenberg über bestimmte Textpassagen diskutierte. Altenburg hat Harenberg dann auch als einen „schwierigen Journalisten“ bezeichnet. Zugleich schätzte der Vier-Sterne-General den Redakteur - weil die von ihm betreute Sendereihe einen wichtigen Beitrag leiste zur Streitkultur über die Sicherheitspolitik.

Karl-Heinz Harenberg ist tot. Er wurde 82 Jahre alt.

Diese Sendung können Sie als Podcast herunterladen: unter [ndr.de/streitkraefte](http://ndr.de/streitkraefte). Dort können Sie auch den Newsletter der Sendereihe Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das aktuelle Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Am Mikrofon verabschiedet sich Andreas Flocken.